

**Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
auf die Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Freien Berufe (LFB)**

**Kassenärztliche Vereinigung**

- 1. Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist aufgrund ihrer demografischen Entwicklung und der sozioökonomischen Rahmenbedingungen von einer überdurchschnittlichen Morbidität gekennzeichnet. Gleichzeitig weist Sachsen-Anhalt eine unterdurchschnittliche Arztdichte (ambulant und stationär tätige Ärzte) aus. Wie schätzt Ihre Partei die medizinische Versorgung in Sachsen-Anhalt für den ambulanten Bereich und die Entwicklung der für die Behandlung der Patienten notwendigen Ressourcen insbesondere Ärzte, Personal und Finanzierung ein?**

Sachsen-Anhalts Bevölkerung lebt überwiegend im ländlichen Raum, was besondere Herausforderungen für die medizinische und pflegerische Versorgungsstruktur bedeutet. Die Probleme in Medizin und Pflege sind komplex und vielfältig. DIE LINKE hat deshalb im Landtag durchgesetzt, dass sich eine Enquetekommission mit den relevanten Fragestellungen beschäftigt und über umfangreiche Anhörungen mit Fachleuten nach Lösungen sucht. Die hier gewonnenen Erkenntnisse müssen in der nächsten Wahlperiode das Handeln der Landesregierung bestimmen.

Die Sicherung einer flächendeckenden und ausreichende ambulante und stationäre Versorgung bleibt dauerhaft eine große Herausforderung. So macht u.a. die zunehmende Überalterung der praktizierenden Ärzt\*innen einen Generationswechsel dringend erforderlich. Sachsen-Anhalt verfügt über zwei Universitätsklinika. Darin sehen wir gute Voraussetzungen für mehr Ausbildung beim medizinischen Nachwuchs, für die Sicherung der Patientenversorgung und für künftige Niederlassungen.

- 2. Für die notwendige ambulante Behandlung der überdurchschnittlichen Morbidität der Bevölkerung Sachsens-Anhalts werden von der GKV unterdurchschnittliche Finanzmittel bereitgestellt. Sieht Ihre Partei es als Ihre Aufgabe an, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die tatsächliche Morbidität der Versicherten die Grundlage für die Bemessung der notwendigen Mittel für die Versorgung darstellen und somit die Krankenkassen das Morbiditätsrisiko tragen können/müssen?**

DIE LINKE setzt sich für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Behandlungskosten ein, bei der auch stärker nach regionalen Besonderheiten wie etwa der Morbidität differenziert werden muss. Obwohl die Sozialgesetzgebung Sache des Bundes ist, liegt die inhaltliche Umsetzung letztlich bei den Kostenträgern und Anbietern in den einzelnen Bundesländern. Leistungskataloge, Vergütungsstrukturen und die Abrechnung von Zeiten unterscheiden sich deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern. Dies muss durch die Schaffung einheitlicher Vergütungsstrukturen überwunden werden.

DIE LINKE hat ein Konzept für eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung entwickelt, die u.a. alle Einkommensarten einbezieht und die Beitragsbemessungsgrenze abschafft. Die private Krankenversicherung würde auf medizinisch nicht notwendige Zusatzversicherungen beschränkt. Dadurch könnten in der Krankenversicherung die Beitragssätze gesenkt werden und in der Pflegeversicherung wäre bei gleichem Beitragssatz mehr Geld vorhanden.

## Ärztammer

### **1. Wie stehen Sie zu den Berufsständigen Versorgungswerken und deren Zukunft?**

DIE LINKE steht für das Konzept einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung), die alle Einkommensarten einbezieht und die Beitragsbemessungsgrenze abschafft. Private Krankenversicherungen sollen auf medizinisch nicht notwendige Zusatzversicherungen beschränkt werden. Dadurch könnten in der Krankenversicherung die Beitragssätze gesenkt werden und in der Pflegeversicherung wäre bei gleichem Beitragssatz mehr Geld vorhanden.

### **2. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zum Abbau von Bürokratie und Reglementierungen für freiberuflich Tätige?**

Wir setzen uns zum einen für einheitliche Standards bei der Digitalisierung in Medizin und Pflege ein, um einen Abbau der Bürokratie und einen niedrighschwelligen Zugang zu entsprechenden Versorgungsstrukturen zu ermöglichen. Darüber hinaus halten wir die Schaffung einheitlicher Vergütungsstrukturen für zielführend. Die sektorenübergreifende Kooperation zwischen Krankenhäusern und die enge Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern kann ebenso ein wichtiger Schritt hin zu weniger Bürokratie sein.

### **3. Welchen Stellenwert hat die Freiberuflichkeit für Sie? Haben Sie Konzepte, diese zu stärken?**

DIE LINKE räumt der Freiberuflichkeit einen hohen Stellenwert ein. Auch hier kommt es darauf an, dass angemessene (vor allem finanzielle) Rahmenbedingungen geschaffen werden. So sollten z.B. soziotherapeutischer Leistungen durch die Krankenkassen angemessen vergütet werden.

## Apotheker:

### **I.**

### **Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, damit landesweit alle Apotheken, auch im ländlichen Bereich, einen den technischen Anforderungen entsprechenden sicheren und störungsfreien Zugang zur Telematik-Infrastruktur haben?**

Nicht zuletzt in der Pandemie hat sich gezeigt, wie groß der Rückstand bei der Digitalisierung in Deutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt ist. Die Digitale Agenda der Landesregierung weist auch im Themenfeld Medizinische Versorgung erhebliche Fehlstellen auf. Erschwerend für einen schnelleren Fortschritt bei der Herstellung sicherer und schneller Internetverbindungen ist die Zersplitterung der Zuständigkeiten in verschiedenen Häusern. Dadurch entstehen zu viele Reibungsverluste. DIE LINKE will die Verantwortlichkeiten für die Digitalisierung schnellstmöglich wieder in einem Ministerium zusammenführen. Die Schaffung eines Landesfonds für Digitalisierung ist hier eine gute Idee, um Synergieeffekte zu nutzen.

Im Rahmen der Digitalisierung ergeben sich auch neue Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben, die es hinsichtlich der Digitalisierungsprozesse zu erfüllen gilt, wollen wir das „Landeszentrum Sachsen-Anhalt für Evidenz-basierte Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung (LDG)“, das durch die Medizinischen Fakultäten beider Universitäten des Landes, die Krankenkassen und weitere Akteure ins Leben gerufen wurde, durch das Land mit der Lösung der Aufgaben zu beauftragen und entsprechend zu unterstützen.

## II.

### **Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, damit das Bildungsniveau im schulischen Bereich vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern nicht weiter sinkt?**

Langfristig kann Sachsen-Anhalt nur bestehen, wenn die massiven Defizite in der universitären Lehramtsausbildung durchgreifend beseitigt werden. DIE LINKE wird die Kapazität von derzeit 1.000 auf 1.500 Studienplätze im ersten Fachsemester ausweiten und dabei auch wieder stärker auf den Ausbau der Lehrerbildung an der Universität in Magdeburg setzen. Kapazitätsbeschränkungen (NC) in ausgewiesenen Mangelfächern müssen ebenso der Vergangenheit angehören wie die derzeit fehlende Steuerung der Fächerauswahl in die Mangelfächer und die unzureichende Studienerfolgsquote in einigen Fachrichtungen.

Besondere Probleme gibt es im Fach Chemie, weil hier die geringen Laborkapazitäten der MLU in Halle ein zusätzlicher begrenzender Faktor sind. Die Landesregierung hat es bis heute versäumt, die Modernisierung und Erweiterung der Labore voranzubringen. Die Kooperationen mit Laborplätzen außerhalb der Universität hat sich scheinbar auch als schwierig herausgestellt. DIE LINKE wird den Ausbau der Lehramtsausbildung vorantreiben und im Rahmen zusätzlicher Zielvereinbarungen mit beiden Universitäten an klare Bedingungen und verbindliche Ziele knüpfen. Die Ausbildung im Fach Chemie wird dabei einen Schwerpunkt bilden und zwingend die OvGU im Magdeburg als Ausbildungsstätte mit einbeziehen.

## III.

### **Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die industrielle Produktion von pharmazeutischen Produkten (Chemikalien, Ausgangsstoffe und Arzneimittel) vor Ort in Sachsen-Anhalt zu stärken?**

Die Ursachen für Lieferengpässe in der Arzneimittelversorgung sind vielfältig. DIE LINKE im Bundestag hat hierzu im Rahmen eines Antrages („Arzneimittelversorgung sicherstellen – Lieferengpässe wirksam bekämpfen“, BT-Drs. 19/17106; 11.02.2020) eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie Lieferengpässen wirksam zu begegnen ist.

So ist es u.a. unbedingt notwendig, den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag der Hersteller von Arzneimitteln zu konkretisieren. Bisher erweist sich dieser in der Praxis als weitgehend unwirksam, weil die Einhaltung nicht überprüft wird und es bei Verstößen keinerlei Sanktionen gibt. DIE LINKE möchte daher die Hersteller in Deutschland stärker in die Pflicht nehmen: Sie sollen Sorge dafür tragen, dass die Lieferfähigkeit ihrer Arzneimittel gewährleistet bleibt. Lieferengpässe sollen bereits im Vorfeld verpflichtend gemeldet werden. Die Hersteller sollen zudem zu der Bevorratung mit essenziellen und engpassbedrohten Arzneimitteln verpflichtet werden.

Die Pandemie hat gezeigt, dass es wichtig ist, die Produktionskapazitäten für Arzneimittel in der EU auszubauen und zusätzlich gezielt anzusiedeln. Hier ist ein europäisches Aufbauprogramm erforderlich, das bestehende Standorte stärkt und neue Ansiedlungen fördert. Von einem solchen Programm müssen Standorte in Deutschland insgesamt und speziell auch in Sachsen-Anhalt profitieren. Die marktgesteuerte Verlagerung der Produktion elementarer Medizinprodukte außerhalb der EU hat sich in der Pandemie gerächt. Das Gesundheitssystem und dabei auch die Versorgung mit Medizinprodukten benötigen mehr staatliche Steuerung und Kontrolle, um die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleisten zu können.

#### IV.

**Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, damit die öffentlichen Apotheken zukünftig bei pandemischen Lagen bei der Beschaffung von Schutzausrüstung nicht auf sich allein gestellt sind?**

Um künftig Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Medizinprodukten zu vermeiden, muss seitens des Landes eine entsprechende Bevorratung sichergestellt werden. Die benötigten Produkte müssen im Falle einer Notlage dann jeweils über das Netz der Apotheken flächendeckend an die Bevölkerung ausgegeben werden. Um eine schnelle und sichere Organisation zu gewährleisten, müssen Vertreter\*innen der Apothekerschaft im Land und in den Landkreisen in die Arbeit der jeweiligen Pandemiestäben aktiv einbezogen werden.

#### V.

**Welche Lehren wurden aus der Insolvenz des Abrechnungszentrums AvP im letzten Jahr gezogen? Welche daraus abgeleiteten Maßnahmen sollen ergriffen werden?**

Die Insolvenz der AvP Deutschland GmbH hat deutlich gezeigt, dass Abrechnungsverfahren künftig nicht mehr von privaten Abrechnungszentren durchgeführt werden dürfen. Es wurde keine Trennung von Betriebsgeldern und den Geldern der Versicherten vollzogen, was dann u.a. auch dazu führte, dass das Insolvenzvolumen lange unklar war. Darüber hinaus mangelte es an jeder Form der Aufsicht. Abrechnungen sollten künftig von öffentlichen Stellen – mindestens aber einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – vollzogen werden.

### Ingenieurkammer

#### **1. Stärkung der Wertschätzung und des Ansehens des Ingenieurs**

*Die Rolle und Verantwortung des Ingenieurs als Gestalter der Gesellschaft und aktiver Helfer im Sinne des Verbraucherschutzes muss wieder stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken!*

#### **2. Stärkung und Förderung der freiberuflichen Ingenieure**

*Die Stellung des freiberuflichen Ingenieurs und die Wahrnehmung dieser Berufsbezeichnung in die Gesellschaft muss gestärkt werden!*

Diese Forderungen unterstützt DIE LINKE in vollem Umfang.

#### **3. Angemessene Honorare vereinbaren - Verbraucherschutz stärken**

*Die Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt fordert daher ein klares Bekenntnis aller Abgeordneten zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure als Grundlage für planende Ingenieurbüros sowie*

*Bekanntnis zu einem Orientierungsrahmen für die Höhe von Stundensätzen, die im Rahmen der Leistungserbringung erforderlich sind. Diese basieren auf den Umfrageerhebungen zur wirtschaftlichen Lage von Ingenieurbüros, die der AHO gemeinsam mit BlnGK, BAK und VBI jährlich durchführen.*

Dies sieht DIE LINKE grundsätzlich auch so. Wir haben uns immer für angemessene Vergütungen eingesetzt haben und u.a. einen Mindestlohn für Freiberufler\*innen eingefordert. Nur so kann Qualität gewährleistet werden.

#### **4. Mittelstandsfreundliche Vergabepaxis**

*Wir fordern eine vereinfachte, transparente Vergabepaxis mit klarer Fokussierung auf regionale Ingenieurbüros.*

Wir unterstützen eine vereinfachte, transparente Vergabepaxis, womit auch kleinere Planungsbüros zum Zuge kommen können. An der Ausschreibung sollen sich alle Interessenten beteiligen können, wenn sie die sozialen und ökologischen Kriterien des Vergabegesetzes erfüllen. Mit Sorge sehen wir die Auftragswertberechnung aufgrund der geringen Schwellenwerte.

#### **5. Digitalisierung der Planungs- und Baubranche**

– *Die Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt fordert gemeinsam mit dem Bauindustrieverband-Ost sowie der gesamten Baubranche des Landes die Weiterentwicklung des BIM-Clusters Sachsen-Anhalt zum „Kompetenzzentrum BIM“.*

Das BIM-Cluster halten wir für viel zu aufwendig. Wir unterstützen Initiativen, die in Sachsen-Anhalt von allen Ingenieuren angewendet werden können. Wir wollen somit verhindern, dass kleinere Firmen in Nachteil geraten und vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

– *Die Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt fordert eine Anpassung der Bauvorlagenverordnung LSA an die Empfehlungen der Bauministerkonferenz zur Musterbauvorlagenverordnung.*

DIE LINKE hat die Forderungen der Ingenieurkammer zur Anpassung der Baulagenverordnung LSA an die Musterbauordnung aufgegriffen und im Landtag eingebracht. Die dazu eingereichten Petitionen haben wir unterstützt.

#### **6. Berufsrecht für Ingenieure**

*Des Weiteren ist in sicherheitsrelevanten Bereichen die Einführung eines Berufsausübungsrechtes - vollzogen durch die Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt - zu prüfen.*

Im Sinne des Vorgenannten unterstützen wir die Forderung nach Einführung des Berufsausübungsrechts.

#### **7. Investitionen in Infrastruktur**

*Um einen weiteren Vermögensverzehr zu stoppen, sind Investitionen in die Landesstraßen, mindestens in Höhe der jährlichen Abschreibungen, erforderlich.*

Diese Forderung unterstützt DIE LINKE in vollem Umfang. Hier rächt sich die jahrzehntelange Sparpolitik, die zu einem massivem Personalmangel in den Behörden und einem erheblichen Bearbeitungsstau geführt hat und einen fortschreitenden Substanzverlust in der Infrastruktur zur Folge hat.

## **8. Beratender Ingenieur und Fachingenieur**

*Der Verbraucherschutz muss durch die Landesregierung mit klaren Gesetzen weiter gestärkt werden.*

Diese Forderung unterstützt DIE LINKE in vollem Umfang.

## **9. Nachwuchs sichern**

- *Förderung technischer Interessen und des technischen Verständnisses bereits im Schulalter und Motivation junger Menschen für ein Ingenieurtechnisches Studium*
- *Eine wichtige Grundlage hierfür ist eine klare und eindeutige Abgrenzung einer akademischen Ausbildung zu berufsschulfachlichen Ausbildungsbildungsberufen.*
- *Keine Verwässerung und „Abwertung“ der akademischen Grade durch „Bachelor Professional“ für Ausbildungsberufe–Verhinderung der Abwanderung unserer Hochschulabsolventen durch Chancengleichheit sowie attraktive, gleichgestellte und gerechte Perspektiven und Karrieremöglichkeiten.*

DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren besonders für die Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung auf allen Ebenen eingesetzt. Flankiert haben wir dies durch unsere Initiativen für eine angemessene Vergütung für Berufseinsteiger\*innen sowie den Ausbau bzw. die Einführung von Studien- und Azubiticket, um auch dadurch Anreize für junge Menschen zu schaffen, nach Sachsen-Anhalt zu kommen und hier auch zu bleiben.

## **Tierärzte**

### **1. Nutztierhaltung: Qualifizierte tierärztliche Bestandsbetreuung**

**Wie stehen sie im Hinblick auf die verstetigte qualifizierte, konkret definierte und möglichst verpflichtende Betreuung der Nutztierbestände zu Initiativen oder Fördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt?**

Die tierärztliche Bestandsbetreuung begrüßen wir in Sachsen-Anhalt außerordentlich. In der Nutztierhaltung ist aber eine neue Auslegung der Verantwortung der Tierärzteschaft erforderlich, weg von der Dienstleistungsfunktion für die Tierhaltenden hin zu einer strategischen Verantwortung zur Umsetzung von Tierwohl, Tierschutz und Verbraucherschutz. Die Tierärzteschaft ist nicht nur Helfer in der Not oder Heiler, sondern sie hat auch den realen Blick auf die wirklichen Bedürfnisse der jeweiligen Tiere. Die Vermeidung von Erkrankungen und Tierseuchen werden zukünftig immer wichtiger. Hier ist auch der Gesetzgeber gefragt, klarere Regelungen zu schaffen und so mögliche Konflikte zu reduzieren.

### **2. Organisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung**

**Wie beabsichtigen Sie die Struktur der amtlichen Tierarznei- und Futtermittel-, Tierschutz-, Tierseuchen- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt in der neuen Legislaturperiode anzupassen?**

**Sehen Sie die Möglichkeit der Zuständigkeit der Überwachung in einem Ministerium?**

Die getroffenen Einschätzungen teilen wir, vor allem im Hinblick auf die Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Verbraucherschutz. Die Bearbeitung der benannten Themengebiete in

verschiedenen Ministerien muss neu überdacht und in den Verhandlungen zur Regierungsbildung intensiv erörtert werden. Das Ziel, die Zuständigkeit für die Lebensmittelüberwachung in einem Ministerium anzusiedeln, sollte dabei ein Schwerpunkt sein.

### **3. Tierschutz: Langzeittransporte von Nutztieren in Drittländer**

#### **Wie stehen Sie zu Forderungen nach einer grundsätzlichen Einschränkung von Tiertransporten und insbesondere Schlachttiertransporten über lange Strecken?**

Die Verkürzung der Strecken für lebende Schlachttiertransporte ist ein politisches Kernanliegen beim Tierschutz. Wir setzen uns für möglichst kurze Wege bei Lebendtransporten ein, noch besser wäre ein Verzicht auf einen Lebendtransport und bereits geschlachtetes Vieh zu transportieren. Um auf Lebendtransporte zu verzichten, wurde ein Verfahren entwickelt, dass einer Teil-Mobilen Schlachtung entspricht. Dies muss weiterentwickelt und breiter angewendet werden. Schlachttiertransporte über lange Strecken werden momentan auch per Schiff absolviert. Solange es dort keine klaren Regelungen gibt, die auch nicht umgangen werden können, sprechen wir uns gegen die Erteilung von Transportgenehmigungen per Schiff aus.

#### **Welche Lösungen schlagen sie vor, um die Einhaltung von Tierschutzbestimmungen bei Langstreckentransporten von Tieren effektiv und sicher überprüfbar zu machen?**

Insgesamt wird eine effektive Kontrolle der Einhaltung von Tierschutzbestimmungen auf Langstreckentransporten eine schwierige Aufgabe bleiben. Deshalb müssen sie so weit wie möglich reduziert werden. Soweit sie weiterhin durchgeführt werden, müssen die Anstrengungen zur Durchsetzung tierschutzrechtlicher Bestimmungen – auch unter Nutzung neuer moderner Überwachungssysteme – verstärkt werden. So sind heute Temperaturkontrollen mit Routenprüfung besser möglich und nachvollziehbar. Sinnvoll ist eine Transportindex, der angibt, wie weit ist welches Tier gefahren wurden.

Angaben im Fahrtenbuch müssen genauer darauf überprüft werden, ob die Strecken unter den gegebenen Witterungsbedingungen und den Straßenverhältnisse Strecken in der angegebenen Zeit zurückgelegt werden konnten. Eine Routenzertifizierung auf Europäischer Ebene ist notwendig. Weiterhin müssen die Fahrerwechsel deutlich mehr und intensiver kontrolliert werden. Bei einem Transport von 29 und mehr Stunden ist dieser Fahrerwechsel und die Kontrolle zwingend notwendig. Auch die Lenk- und Ruhezeiten sind dringend einzuhalten, um mit Personal und Tieren sicher an den Zielort zu gelangen.

#### **Welche Alternativen schlagen Sie vor, damit Langstreckentransporte grundsätzlich vermieden werden können?**

Das grundsätzliche Problem besteht im Fehlen ausreichender regionaler Schlachtkapazitäten. Der Preisdruck der Discounter in der Fleischproduktion hat zu einer enormen Konzentration in wenige großen Schlachtbetrieben geführt. Um Landstreckentransporte zu reduzieren oder ganz zu vermeiden, muss dieses Marktprinzip gebrochen werden. Es müssen gesetzliche und ökonomische Grundlagen für eine Regionalisierung der Fleischverarbeitung und -vermarktung geschaffen werden. In einem ersten Schritt muss der Einsatz mobiler Schlachthöfe zugelassen und geregelt werden.

#### **4. Tierärztliche Tätigkeitsvorbehalte**

**Wie stehen sie zu derartigen Bestrebungen, spezifische tierärztliche Tätigkeiten durch Laien ausführen zu lassen?**

**Unterstützen sie tierärztliche Tätigkeitsvorbehalte im Interesse qualifizierter Ausübung solcher Tätigkeiten zum Wohle der Tiere?**

Das Beispiel der Ferkelkastration zeigt, wie wichtig eine tierärztliche Ausbildung ist. Die Durchführung einer Narkose bei der chirurgischen Kastration der männlichen Ferkel inklusive Vor- und Nachsorge, der notwendigen schmerzausschaltenden Vorbehandlung und die Reaktion auf Narkosezwischenfälle ist ein komplexer Vorgang. Eine tierärztliche Ausbildung ist in keinem Fall mit einem Sachkundenachweis für tierärztliche Laien gleichzusetzen. Dieser Sachkundenachweis sichert keinen Tierschutz, schon gar nicht im Routinebetrieb großer Bestände. Überlegungen, bestimmte tierärztliche Aufgaben auch stärker von Laien ausführen zu lassen, stellen ein Risiko für den Vollzug des Staatsziels Tierschutz dar. Im Sinne des Tierwohls unterstützen wir ausdrücklich die tierärztlichen Tätigkeitsvorbehalte.

#### **5. Organisation und Ausstattung des Gesundheits- und Verbraucherschutzes einschließlich der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung**

**Welche Struktur des Gesundheits- und Verbraucherschutzes, einschließlich der Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierseuchen-, Tierarznei und Futtermittelüberwachung für das Land Sachsen-Anhalt streben Sie an?**

Die Frage nach der Organisation des Gesundheits- und Verbraucherschutzes ist nicht leicht zu beantworten. Ein Blick in die anderen Bundesländer zeigt, dass es auch dort die verschiedensten Konstellationen gibt, um diese Bereiche den Ministerien zuzuordnen. Das wird auch künftig Gegenstand in den Gesprächen zu Regierungsbildung bleiben und dabei sowohl fachlich als auch politisch ausgehandelt werden. Eine Stärkung der Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierseuchen-, Tierarznei und Futtermittelüberwachung wird aber zukünftig ein wichtiges Ziel sein. Dem muss die Verankerung in der Struktur der Ministerien dienen.

**Die fatalen Auswirkungen einer unzureichenden Ausstattung des amtlichen Gesundheitsdienstes werden gegenwärtig bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie sichtbar. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zur personellen Stärkung der verschiedenen Ebenen der amtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung?**

Veterinär- und Untersuchungsämter sind in den meisten Landkreisen und Bundesländern den Sparzwängen durch die systematische Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte unterworfen. Die Schere zwischen den wachsenden Ansprüchen von Politik und Gesellschaft und dem, was in den Ämtern noch leistbar ist, geht deshalb immer weiter auseinander. Dass die Ämter dennoch ein hohes öffentliches Vertrauen genießen, ist nur dem großen Engagement der Beschäftigten zu danken, die entstehende Lücken immer wieder zu überbrücken. Eine bessere personelle (und finanzielle) Ausstattung amtlicher Gesundheitsdienste ist unerlässlich, um zukünftig eine zuverlässige und umfassende Aufgabenerfüllung zu garantieren.

**Welche Initiativen werden Sie zur Verbesserung der teils prekären baulichen Situation der amtlichen Laboratorien in Sachsen-Anhalt unternehmen?**



Die bauliche Ertüchtigung ist ein Muss. Die Arbeit der amtlichen Laboratorien in den Landkreisen von Sachsen-Anhalt ist essentiell und bedarf guter Ausgestaltung, sowohl bei den Gebäuden als auch bei der technischen Ausstattung und beim Personal. Akute Mängel müssen kurzfristig beseitigt werden, mittelfristig muss ein Sanierungskonzept für die amtlichen Laboratorien erarbeitet und umgesetzt werden.

## **Praktizierende Tierärzte**

### **1. Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren**

**Wie positionieren sie sich bezüglich einer Abschaffung der Rasseliste sowie zur Abschaffung der Meldepflicht für Tierärzte?**

DIE LINKE will weg vom Prinzip der Rasseliste für Hunde. Die Nachteile für die Tierhalter\*innen und der Nutzen für die Sicherheit müssen neu abgewogen werden. Die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde muss konsequent umgesetzt werden, um die Arbeit der Tierheime zu erleichtern. Über die Abschaffung der Meldepflicht für Tierärzte haben wir uns noch keine abschließende Meinung gebildet und sind gern zu weiterführenden Gesprächen bereit.

### **2. Arbeitszeitgesetz**

**Befürworten sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes?**

In der Landwirtschaft mit ihren spezifischen Anforderungen durch die Arbeit in von natürlichen Abläufen bestimmten Prozessen ist diese Frage nicht so einfach zu beantworten. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit kann vor allem in der heutigen Zeit attraktiv auf Fachkräfte wirken. Allerdings treffen Änderungen im Arbeitszeitgesetz zu Recht auf hohe Hürden, denn der Arbeitsschutz für die Arbeitnehmer\*innen ist ein hohes und schwer erkämpftes Gut. Es ist auch im Sinne der Arbeitgeber\*innen geschaffen worden, die auf motivierte und gesunde Arbeitnehmer\*innen angewiesen sind. Insofern müssen über die spezifischen Bedingungen in der Landwirtschaft intensive Gespräche geführt werden, um hier Möglichkeiten für einen Interessenausgleich zu finden.

## **Zahnärzte**

### **1a) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt:**

**Ausweitung der Studienkapazitäten in der Zahnmedizin an der MLU Halle-Wittenberg**

**Die Zahnärzteschaft fordert daher die Ausweitung der Studienkapazitäten in der Zahnmedizin an der MLU Halle-Wittenberg. Werden Sie die finanziellen Mittel bereitstellen, die dafür notwendig sind?**

Unsere Forderungen nach einer Erhöhung um mindestens 20 Studienplätze an der MLU in einem ersten Schritt haben wir in unserem Antrag vom Februar 2020 (Drs.7/5731) klar formuliert. Außerdem soll das Land mit der MLU, den Kammern und den Krankenkassen eine Vereinbarung treffen, in der die zukünftigen Bedarfe und Studienplatzkapazitäten sowie deren Finanzierung festgelegt werden. Bei weiteren Schritten muss auch berücksichtigt werden, dass für die Erhöhung der Anzahl an Studienplätzen auch Labor- und Übungsplätze bereitstehen

müssen; dafür müssen im Zweifel auch Baumaßnahmen durchgeführt werden. Für die Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze an der MLU muss ggf. eine gesonderte Vereinbarung mit der MLU abgeschlossen werden. Wir sehen bei der Ausbildung von Zahnärzt\*innen und Kieferorthopäd\*innen aber auch den Bund in der Verantwortung, die Länder bei der Finanzierung der Ausbildung zu unterstützen und werden uns gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen.

### **1b) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt: Landzahnarztquote**

**Wird Ihre Partei eine Landzahnarztquote in Sachsen-Anhalt einfordern? Werden Sie konkrete Maßnahmen vornehmen, die die Gewinnung und Sicherung des zahnärztlichen Nachwuchses im Land verbessern?**

Einer Quotenregelung stehen wir derzeit kritisch gegenüber. Wir würden für eine weitere Positionierung die Erfahrungen mit der „Landarztquote“ bei den Allgemeinmediziner\*innen genauer bewerten. Aus unserer Sicht ist es wichtig, ähnlich wie beim Modellprojekt „Klasse Allgemeinmedizin“ bereits im Studium die Studierenden auf die Übernahme oder Neugründung einer Praxis, auch im ländlichen Raum, vorzubereiten. Darüber hinaus wird eine höhere Anzahl von Studienanfänger\*innen zu einer größeren Anzahl von Absolvent\*innen für das Land führen. Für den Übergang vom Studium zum Beruf können die Kammern Partnerinnen bei der Vorbereitung der Absolvent\*innen auf den Berufseinstieg sein. Daher begrüßen wir die Initiative der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV), das Zahnforum in Halle zu etablieren. Das Land muss mit den Kammern und den Krankenkassen eine Vereinbarung treffen, mit denen der Berufseinstieg in der Phase der Praxisneugründung/-übernahme erleichtert wird (z.B. durch ein Programm zur Praxisnachfolge für den ländlichen Raum).

### **1c) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt: Landesmittel für Studienplätze der Zahnmedizin im Ausland**

**Ist Ihre Partei bereit, ebenso Mittel für solche Kooperationen zur Verfügung zu stellen?**

Den Einkauf von Studienplätzen im Ausland wird DIE LINKE nur als kurzfristige Maßnahme mittragen, bis die nötigen Studienplätze im Land geschaffen wurden. Priorität hat für uns die Ausbildung von Zahnärzt\*innen im Land Sachsen-Anhalt. Für den Verbleib im Land ist auch eine gewisse Identifikation vonnöten, die am ehesten durch ein Studium erreicht werden kann. Die für einen dauerhaften Einkauf von Studienplätzen im Ausland benötigten Finanzmittel sind im Land sinnvoller und nachhaltiger angelegt.

### **2a) Corona: Schutzschirm für Zahnärzteschaft**

**Werden Sie gegenüber dem Bundeskabinett einen Schutzschirm für die Zahnärzteschaft einfordern?**

Die zahnärztlichen Versorgungsstrukturen müssen auch in Krisenzeiten, wie wir sie aktuell erleben, nachhaltig abgesichert werden, da sie ein wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge sind. Daher stehen wir zu unserer Forderung eines echten Schutzschirms für die Zahnärzt\*innen, der beispielsweise aus der Bereitstellung von zinslosen Darlehen in Kombination mit nicht rückzahlbaren Überbrückungshilfen bestehen könnte.

### **2b) Corona: Stärkung des ÖGD**

**Wird ihre Partei die Gesundheitsämter besser aufstellen? Wie?**

Der öffentliche Gesundheitsdienst wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark vernachlässigt. Erst mit der Pandemie wurde der in Fachkreisen schon lange bekannte Zustand offensichtlich. Mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst wurde aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die personelle Besetzung der Gesundheitsämter muss verbessert, standardisiert und verstetigt werden. Dazu gehört die Anpassung des öffentlich-rechtlichen Tarifgeschehens an Rekrutierungsanforderungen genauso, wie eigene Studien- und Ausbildungsgänge für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Ziel muss es sein, in Kooperation mit den niedergelassenem Bereich wie auch den Krankenhäusern die gesundheitliche Präventionsarbeit zu stärken, dazu gehört auch ein stetiger jugendzahnärztlicher Dienst. Auf der anderen Seite muss der öffentliche Gesundheitsdienst in die Lage versetzt werden, in Pandemien und anderen Notlagen adäquat zu reagieren. Dazu gehört eine stetige, wissenschaftlich fundierte Fortschreibung von Notfallplänen. DIE LINKE plant daher in der kommenden Legislaturperiode die Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landes.

### **3) Steuer und Bürokratie**

**Welche konkreten Maßnahmen werden Sie umsetzen, um Steuer- und Bürokratielasten für Freiberufler bzw. Mittelständler abzubauen?**

Die Regeln des Steuerrechts und der Aufzeichnungs- und Nachweispflichten sind im wesentlichen bundesrechtlich geregelt. DIE LINKE fordert seit Jahren eine umfassende Reform des Einkommensteuerrechts, dass zwar die Tarifbelastung für sehr hohe Einkommen deutlich erhöht, aber eben auch untere und mittlere Einkommen deutlich entlastet. Dazu gehört ein höherer Grundfreibetrag genauso dazu, wie eine Streckung des Tarifverlaufes. Dokumentations- und Aufzeichnungsregeln sind stetig dahingehend zu überprüfen, ob sie den notwendigen Zweck erfüllen oder ob andere, einfachere Regeln die gleichen Anforderungen erfüllen. Hierzu sind die Hinweise aus den berufsständischen Vereinigungen unabdingbar.